

Sorge um die Kliniken an der Trasse

Zur aktuellen Diskussion um die geplante Entlastungsstraße West/Weststraße.

„Wir machen uns Sorgen um die Auswirkungen [...] auf die anliegenden Kliniken. Dass bei der Verbrennung von Kfz-Treibstoff eine Vielzahl gesundheitsgefährdender Schadstoffe freigesetzt wird, ist einschlägig bekannt. Aber nicht nur Stickoxide, Ruß und Feinstaubpartikel, sondern auch der zwangsläufige Lärm schädigen die menschliche Gesundheit. Eine moderne und verantwortliche Stadt- und Verkehrsplanung wird daher immer bestrebt sein, die bestehenden Belastungen effektiv zu vermindern und zusätzliche zu vermeiden.“

Die vorgeschlagene Westumgehung verfehlt diese Anforderung unseres Erachtens allerdings vollständig. Mittlerweile ist klar geworden, dass hier eine Straße geplant wird, die wesentlich auch dem Lkw-Verkehr dienen soll. Damit wird in diesen Stadtraum eine Verkehrsart eingeführt, welche es bislang dort gar nicht gibt. Hier von einer ‚Entlastung‘ zu sprechen ist der durchsichtige Versuch, die Verhältnisse schönzureden.

Als Mitarbeiter des Klinikums und zum Teil auch als Anwohner sind wir besorgt über die besonders hohen Belastungen an einer von Lkw genutzten Trasse. Lärm, Feinstaub, Ruß und Stickoxide werden in unmittelbarer Nachbarschaft zweier Kliniken auftreten und viele direkte und kaum weniger sehr viele Anwohner in zweiter Reihe betreffen. Allein bezogen auf das Klinikum wird dies eine zusätzliche Belastung für weit über 30 000 Patienten/Jahr, deren Angehörige sowie die circa 1800 Beschäftigten und die Kinder der betrieblichen Kindertagesstätte bedeuten. Auch die gutachterlich festgestellten, angeblich tolerablen Emissionsbelastungen sowie die geplanten Lärmschutzmaßnahmen (Lärmschutzwände, etc.) werden nichts daran ändern, dass die Schadstoff- und Lärmbelastung steigen wird. [...]“

Dr. med. Christoph Katz
Prof. Dr. med. Bernhard Högemann
Priv.-Doz. Dr. med. Jürgen Tepel
Priv.-Doz. Dr. med. Peter Teschendorf
Osnabrück

Zum Leserbrief von Marku Schröder „Laternen aus Gold?“ (Ausgabe vom 11. April) sowie zu der Debatte über die Weststraße.

„In seinem Leserbrief beschreibt Herr Schröder den undemokratischen, nach Behördenwillkür anmutenden Umgang der Stadtverwaltung beziehungsweise Stadtwerke mit dem mündigen Bürger. Sein Beispiel ist die Erneuerung von Straßenlaternen über die Köpfe der Betroffenen hinweg.“

Mir fallen dazu weitere Beispiele ein, in denen die gleichen Handlungsmuster offenbar werden. Kanalerneuerungen werden genutzt, um Anlieger für komplette Straßenerneuerungen zur Kasse zu bitten, und wiederum werden juristische Tricks genutzt, dieses zu legalisieren. Ernsthaft mitreden darf der mündige Bürger auch hier nicht. Auf kritische Nachfragen erhielt ich jüngst die schriftliche Antwort, die ‚sehr strengen Winter der letzten zwei Jahre hätten die Straßen in Mitleidenschaft genommen‘. Wie kalt, bitte, war der letzte Winter? Beschreibt eine solche Antwort etwa die Qualität der Arbeit der Verwaltung?

Wahr ist: Die Anlieger müssen zahlen, weil die Kassen der Stadt leer sind [...]. Dennoch will sie neue teure Straßen bauen, wo sie die bestehenden nicht unterhalten kann? Bei der Weststraße suggeriert die Stadtverwaltung in ihrem Infolyer Objektivität. Wie aber kann ein Flyer objektiv sein, der von der Stadtspitze herausgegeben wird, wenn beide großen Parteien im Stadtrat für den Neubau sind? Wen wundert da noch, dass der Flyer das Vokabular ‚heimliche Westumgehung‘ nutzt, welches von den Befürwortern des Straßenneubaus verwendet wird. Und fällt es nicht auf, dass ein großes Thema ein Beschwichtigungsversuch wegen der [...] entstehenden Lärmbelästigung ist?

Wir lesen: Selbst bis zu vier Meter hohe Schutzwände reichen nicht zur Einhaltung der Grenzwerte, einige Häuser müssen zusätzlich noch Fenster austauschen. Das lässt ja klar erahnen, wie weit sich der Lärmteppich dann doch in das Naherholungsgebiet hinein ausbreiten wird [...].“

Martin Hindersmann
Osnabrück